

Die Abhängigkeit der Supermacht Strategien gegenüber dem Hegemon

von
Egon Matzner

Ausgangspunkt für die Überlegungen Matzners ist die Feststellung einer heute faktisch uneingeschränkten Hegemonie der USA. Geleitet von der Vision einer „multipolaren und weniger asymmetrischen“ Welt entwirft Matzner in dem vorliegenden Essay ein Modell zur Analyse der für die US-Hegemonie maßgeblichen Ursachen und zum genaueren Verständnis der komplexen globalen Zusammenhänge. Matzners Hauptziel ist dabei die Möglichkeit, globale Entwicklungen in ihrer Abhängigkeit von amerikanischer Politik prognostizieren und politische Optionen zur „Zähmung des Adlers“ USA bewerten zu können. In seiner Analyse führt Matzner die amerikanische Hegemonie auf die amerikanische Überlegenheit in drei, in einem Verhältnis der Interdependenz stehenden Schlüsselbereichen zurück. Neben der militär-technologischen Überlegenheit sieht Matzner auch die monetär-industrielle Dominanz sowie einen unangefochtenen globalen Einfluß im ideologisch-medialen Bereich als ursächlich an. In seiner Vision einer multipolaren Welt fordert Matzner über eine Reform der UNO-Charta hin zu einer „globalen Res Publica“ die Schaffung eines Systems der globalen eigeninteressierten Kooperation, in der jedoch „alle kooperierenden Akteure durch Anteil an den Kooperationsgewinnen belohnt werden“. Von Europa fordert Matzner dabei eine flexible Politik, die situativ sowohl konsensual als auch auf politische Differenz ausgerichtet sein kann, auch wenn sich für Matzner Europa in seiner gegebenen Struktur und Verfassung davon noch weit entfernt darstellt.

Prof. Matzner war Impulsreferent im Rahmen des vom Dr. Karl Renner-Instituts organisierten Workshops „Transatlantische Dissonanzen. Veränderungen im Verhältnis zwischen Europa und den USA“ vom Mai 2003.

Kontakt:

Akademie für Internationale Politik des Renner-Instituts
Dr. Erich Fröschl
T +43-1-804 65 01-17
froeschl@renner-institut.at

Es hat lange gebraucht, bis die offensichtliche Tatsache der globalen US-Hegemonie als solche öffentlich benannt worden ist. Jetzt ist es allerdings so weit. Sie wird nun häufig beschrieben, meistens ziemlich kritisch. Manchmal wird sie auch als großer Segen für die Welt gefeiert, zum Beispiel von Thomas L. Friedman¹, dem einflussreichen Kommentator der *New York Times*. Sogar das Wort vom US Empire kommt in Gebrauch und nicht nur kritisch. Die spektakulärste Bestätigung der US-Hegemonie leistete der Historiker Paul Kennedy von der Yale University. Kennedy, der noch bis spät in die 1990er Jahre den Untergang des US-Einflusses in viel beachteten Büchern vorhergesagt hatte, verkündete in einem brillanten Essay² das Erscheinen der einzigen verbliebenen globalen Supermacht. Der Titel des Essays sagt bereits alles: „Der Adler ist gelandet“. Eine Karikatur stellt das amerikanische Wappentier in Übergröße dar. Es hatte den Globus aus seiner Halterung gekippt und dessen Stelle eingenommen. Der furchterregende Raubvogel ist umgeben von zwerghaften Tieren, die - Deutschland fehlt - Großbritannien, Frankreich, Russland, China, Indien, Japan usw. symbolisieren.

Das nun Offensichtliche darzustellen, es anzuerkennen oder zurückzuweisen, ist nahezu schon Routine geworden. Etwas ganz anderes ist es, ein Modell zu entwickeln, mit dem nicht nur die Welt beschrieben und erklärt werden kann, sondern mit dem auch die politischen Optionen zur Zähmung des Adlers bewertet und Prognosen erstellt werden können. Ein solches Modell ist auch für ein besseres Verständnis der Globalisierung unentbehrlich, wenn man darunter die Entstehung und Festlegung von global wirksamen Regeln versteht, wie sie im „Washington Consensus“ zum Ausdruck kommen. Um ein solches Verständnis geht es in diesem Essay, der von der Vision einer multipolaren und weniger asymmetrischen Welt inspiriert ist.

Ein Modell der US-Hegemonie

Die meisten Modelle in den Gesellschaftswissenschaften beschreiben Konstellationen, die es erlauben, in Austauschprozessen individuelle Interessen zu verfolgen. Sie fangen deshalb Gleichgewichtssituationen ein, in denen die Akteure üblicherweise ihr Bestes (Bedürfnisbefriedigung) erreichen ohne Kollateralschäden („externe Effekte“) zu verursachen. Dieses Modell ist jedoch als Repräsentation der Wirklichkeit im höchsten Maße fragwürdig. Denn in Situationen, die durch ungleiche Machtverteilung gekennzeichnet sind, müsste der Übermächtige ein übergroßer Philantrop sein, damit die individuellen Interessen aller zum Ausdruck gebracht werden könnten und ein dementsprechend befriedigender Allgemeinzustand erreichbar wäre. Denn das Gegenteil ist der Fall: unter asymmetrischen Machtverhältnissen kann ein allseits akzeptabler Interessenausgleich nicht verwirklicht werden. Wenn dem so ist, dann ist es unzulässig, solche Situationen durch Gleichgewichtsmodelle darzustellen, was freilich oft, auch implizit, der Fall ist. Ich schlage deshalb ein Modell vor, das explizit von drei Säulen ausgeht, auf denen der übergroße US-Einfluss fußt. Dies lässt sich in dem folgenden graphischen Modell wiedergeben:

Wie aus der Abbildung hervorgeht, fußt die US-Hegemonie auf Überlegenheit in drei wichtigen und zusammenhängenden Schlüsselbereichen. An **erster** Stelle zu

¹ Thomas L. Friedman, *The Lexus and the Olive Tree, Understanding Globalisation*. Farrar Strauss & Giroux, New York 1999.

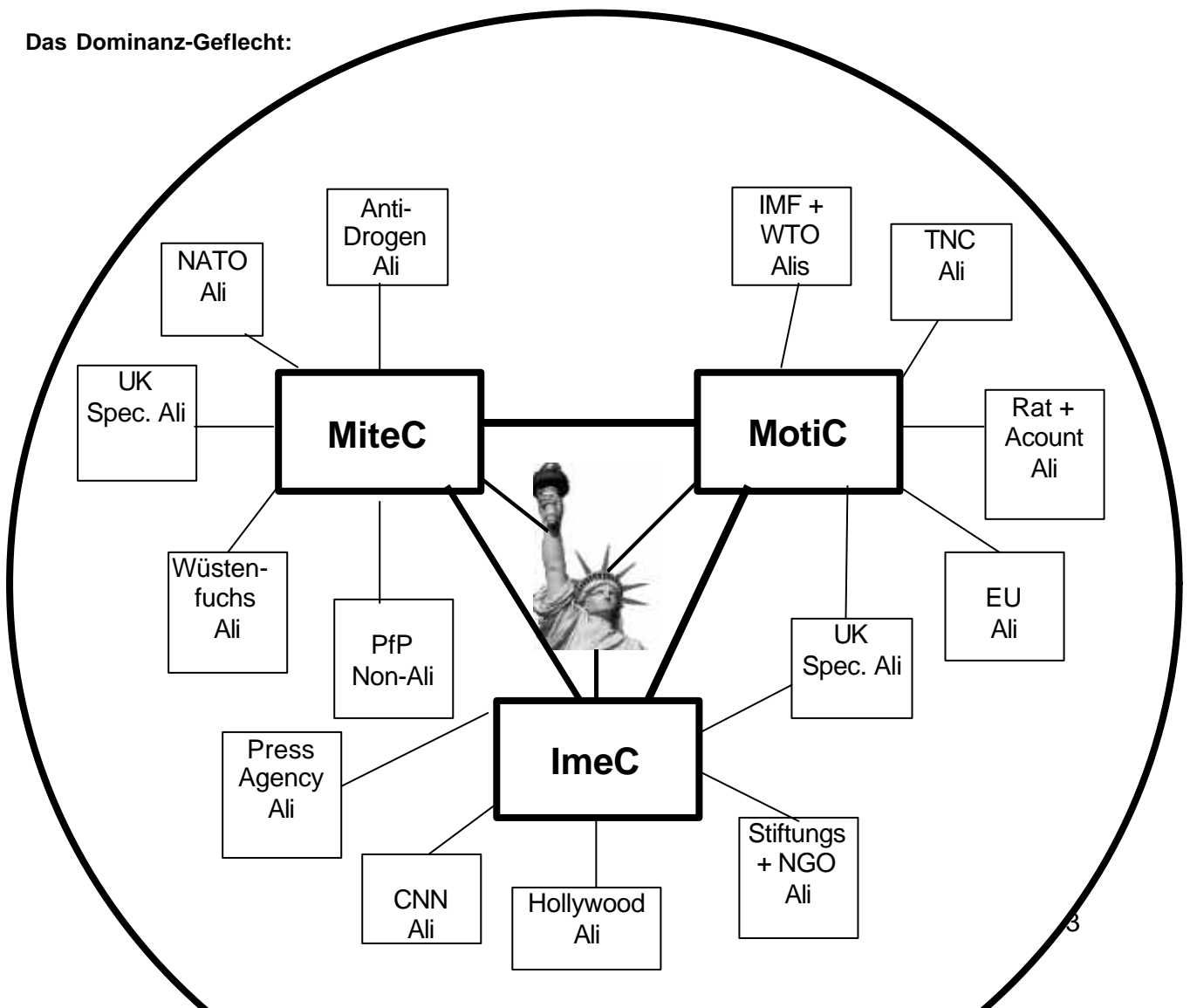
² Paul Kennedy, „The Eagle has landed“, *Financial Times – Weekend Magazine*, 2-3 February 2002.

erwähnen ist der militärisch-technologische Kern (MiteC). Dem liegt **zweitens** der monetär-industrielle Kern (MotiC) zugrunde. Als **dritter** Einflussbereich fungiert der ideologisch-mediale (ImeC) Kern. In allen drei Bereichen üben zur Zeit die USA unangefochten globalen Einfluss aus. Dieser geht übrigens Hand in Hand mit zwei weiteren Fähigkeiten, dem entsprechenden Zugang zu Rohstoffen und der technisch-organisatorischen Konzeption und Realisierung der Projekte, die in Summe globale Hegemonie ergeben.

MiteC. Im militärisch-technologischen Bereich, insbesondere was die technologisch-organisatorische Konzeption von Hardware und Software betrifft, sind die USA zur Zeit unangefochten. Zwar wurde auch der amerikanische Militärhaushalt nach dem Sieg der USA im Systemwettbewerb verringert, wenngleich weniger als in allen anderen Ländern. Seit 1999 werden die Militärausgaben wieder hochgefahren. Nach dem 11. September beschlossen die USA die größte Steigerung ihres Militärbudgets in Friedenszeiten. Die USA bauen ihren Vorsprung kontinuierlich aus. Dies stärkt in der Folge auch das US-Potential in den beiden anderen Kernbereichen. Nur in einem Sinn hat der 11. September eine Änderung gebracht: er wird die Überlegenheit der USA noch weiter verstärkt.

MotiC. Im monetär-industriellen Bereich beruht die US-Überlegenheit einerseits auf dem Dollar, der als wichtigste Weltwährung fungiert, und andererseits auf dem dominanten US-Einfluss im IMF, sowie auf der Stellung der USA als mächtiges Zentrum von Allianzen in wichtigen internationalen

Das Dominanz-Geflecht:





<u>Legende:</u>	- MiteC:	Militarisch-technologischer Kern
	- MotiC:	Monetär-industrieller Kern
	- ImeC:	Ideologisch-medialer Kern
	- MOWO-Net:	Monopolare Weltordnung-Netz
	- Ali(s):	Allianz(en)
	- PfP:	Partnership for Peace

Quelle: Egon Matzner, *Monopolare Weltordnung. Zur Sozioökonomie der US-Dominanz*. Metropolis Verlag 2000, S. 193. On- line Ausgabe: <www.ciando.de> (München 2001).

Organisationen wie WTO und OECD. Der Dollar als Weltwährung ermöglicht es den Vereinigten Staaten, „über ihre Verhältnisse“ zu leben. Denn sie können ihre Schulden in eigener Währung bezahlen, über den Dollarkurs mitbestimmen und damit über den Preis, zu dem sie Kredite aufnehmen und zurückzahlen. Kein anderes Land der Welt könnte sich eine so rasante Zunahme des Leistungsbilanz-Defizites und der Auslandsverschuldung erlauben ohne durch den IMF sanktioniert zu werden.

ImeC. Im ideologisch-medialen Bereich - man könnte auch vom mythologisch-medialen Bereich sprechen - beruht die amerikanische Überlegenheit auf der Darbietung und Verbreitung einer simplizistischen Vorstellung von der Welt, die mit hochkomplizierten wissenschaftlichen Modellen verbrämt wird. Die simplen Ideen, aus denen der „Washington Consensus“ besteht, dessen Befolgung selten zu wirtschaftlicher Entwicklung und steigendem Wohlstand führt, entsprechen einem völlig wirklichkeitsfremden Modell von Märkten, die automatisch zu einem wohlfahrtsoptimalen gesellschaftlichen Gleichgewicht führen. Die theoretische Grundlage des „Washington Consensus“ besteht aus nichts als irreführenden Fiktionen über die reale Welt³. Dies ist kein ideologisches Urteil, sondern ein Zitat aus dem Vortrag des konservativen Marktökonom Ronald D. Coase⁴ anlässlich der Entgegennahme des Nobelpreises im Jahre 1991. Ideologische Hegemonie, die über Problemadäquatheit hinwegsieht, umfasst selbstverständlich auch die Kontrolle über akademische Grade, Projektfinanzierung, Anerkennungspreise und Veröffentlichungskanäle, wie auch den Zugang zu globalen Medien.⁵ Eine simple Idee + wissenschaftlich-ethische Legitimation + mediale Globalisierung (durch UPI, CNN, etc.) - das ist der Kern der ideologischen Hegemonie. Dafür gibt es reichlich finanzielle Ressourcen, aus dem US-Haushalt sowie aus EU-Institutionen und privaten Stiftungen. Die drei Kernbereiche der Dominanz sind eng miteinander verflochten. Beleg hierfür sind die elektronische Ausrüstung Hollywoods, die mit jener

³ Seine Ursprünge gehen auf die Mythen der ersten amerikanischen Siedler zurück. (Siehe Will Hutton, *The World We're In*. Little Brown – Time Warner, London 2002).

⁴ Coase, R.L. (1992), „The Institutional Structure of Production“. Alfred Nobel Prize Lecture on Economic Sciences 1991. *The American Economic Review*, Vol.82, No.4, S. 713-719.

⁵ Siehe dazu neuerdngs Robert H. Wade, „US hegemony and the World Bank: the fight over people and ideas“. *Review of International Politic Economy*, 9:2, Summer 2002: 201-229. Zuvor Amit Badhuri and V. Nayar, *An Intelligent Person's Guide to Neoliberalism*. Penguin, New Delhi 1996.

des US-Militärapparates identisch ist, sowie die Thematik mancher Großfilme, die, wie die James-Bond-Filme, nach dem jeweils aktuellen Hauptfeind der USA jagen.⁶

Allianzen als Werkzeug der Dominanz

In einer aktuellen Analyse schätzt der Havard-Politologe und frühere Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium Joseph Nye Jr.⁷ die geopolitische Lage sehr ähnlich ein. Auch Samuel Huntington⁸ kommt zu dem Schluss, dass sich auch die USA in ihrer gegenwärtigen monopolaren Konstellation auf Zusammenarbeit mit regionalen Mächten stützen müssen, wenn sie ihre Fähigkeit zu globaler Intervention aufrechterhalten wollen. Da Dominanz weltweiten Widerstand hervorruft, wird die „einsame Supermacht“, so Huntington schon 1999, zunehmend in Isolation geraten und letztlich als „hohler Hegemon“ enden. Huntington plädiert daher, ohne sich auf eine explizite Analyse der Säulen globaler Macht stützen zu können, für eine multipolare, weniger asymmetrische Weltordnung. Die Fähigkeit der USA Allianzen zu bilden, schien unmittelbar nach dem 11. September intakt zu sein. Die eigenmächtige und erpresserische Weise, in der sie den Krieg gegen den Irak vorbereiten, hat ihre Allianzfähigkeit sicherlich beeinträchtigt. Die USA setzen nicht mehr auf die „soft power“ setzen, die man zur Bildung von Allianzen benötigt. In der Analyse des stets gut informierten *Strategic Forum* (Austin, Texas) heißt es dazu:

„Unter dem Zwang, Al Qaida zu besiegen, werden US-Kräfte rund um die Welt in Dutzenden Ländern in Stellung gebracht - manchmal offen, manchmal geheim; manchmal in Uniform, manchmal als Geheimagenten. In all diesen Ländern sind die USA dabei, deren Innenpolitik neu zu definieren Wenige werden Widerstand wagen. Die USA, die ungeheuer mächtig sind, haben sich von einem vage desinteressierten Gorilla in eine tödliche Viper mit brutaler Zielgenauigkeit verwandelt, die bereit ist, überall zuzuschlagen. Angesichts der Stärke der USA und der vorherrschenden Stimmung gibt es nur wenige Staaten, die bereit sind, durch Nichtkooperation zu riskieren, bei der Supermacht in Ungnade zu fallen ... Manche sehen darin sogar eine Chance, sich durch Kollaboration Vorteile zu verschaffen.“⁹

Unilaterale Überlegenheit jedoch reicht nicht zur globalen Dominanz. Um globale Herrschaft wirksam werden zu lassen, sind die USA genötigt, Allianzen zu bilden. Das wird erneut bei der Vorbereitung des Krieges gegen Saddam Husseins Irak deutlich. Ohne die Mitarbeit ausländischer Geheimdienste, die Verfügbarkeit von Stützpunkten im Ausland, die Zustimmung der Mitglieder des Sicherheitsrates und, nicht zuletzt, die Mitfinanzierung des Krieges samt nachfolgender Besetzung und Wiederaufbau ist die Überlegenheit der USA um vieles geringer als gemeinhin angenommen.¹⁰ Einige der wichtigsten und sichtbaren Allianzen sind in der Abbildung des Dominanz-Geflechts angeführt.

⁶ „Uncle Sam goes to Siliwood“ ist der sprechend Titel einer Studie, die diesen Zusammenhang erforscht hat. Siehe Aida A. Hozic, „Uncle Sam goes Siliwood: of landscape, Spielberg and hegemony“. In: *Review of International Political Economy*, S. 289-312.

⁷ Joseph S. Nye.), *The Paradox of American Power. Why the World's only Superpower can't go it alone*. Oxford U.P, Oxford 2002.

⁸ Samuel P. Huntington, S.P. (1999), „The Lonely Superpower“. *Foreign Affairs*, Vol. 78, No.2, 35-49.

⁹ „The American Empire“, *Global Intelligence Report* <www.stratfor.com> 19. November 2002.

¹⁰ Ernst-Otto Czempiel vertritt dezidiert die Auffassung, dass die EU durch einen einhelligen Beschluss, US-Kriege nicht mehr mitzufinanzieren, diese verhindern könnte. Czempiel verkennt, dass die USA durch die

Militär-Allianzen. Um Allianzen als Instrument der Intervention und Dominanz bilden und nützen zu können, müssen jeweils ein „gerechter Anlass“ vorhanden sein, oder geschaffen bzw. propagiert werden. Der jeweilige Anlass muss überzeugend sein, um in hochentwickelten Demokratien ausreichend Empörung und nachfolgende Unterstützung mobilisieren zu können. Auf diese Weise werden „Verletzung von Menschenrechten“ (wie im Falle des Kosovo-Krieges) oder „Terrorismus“ (wie am 11. September 2001) - beide Fälle verlangen durchaus ernsthafte Aufmerksamkeit und angemessene Gegenmaßnahmen - allzu oft für nationale Interessen, wie Ausbau geostrategischer Dominanz und Kontrolle über Rohstoffe und Energieträger, instrumentalisiert. Das jeweilige Hindernis auf diesem Weg wird zur Inkarnation des „Bösen“, zu einem „Schurken“, und ist deshalb, wenn notwendig, mit kriegerischen Mitteln zu beseitigen. Die US-Allianzen stützten sich bisher vor allem auf die Mitwirkung anderer NATO-Staaten. Wann immer es möglich ist, werden die Aktionen durch Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates legitimiert. In Widerspruch zur UNO-Charta erlaubt es der neue NATO-Vertrag aus 1999, ohne UNO-Ermächtigung zu handeln, wenn Interessen gefährdet sind, die von der NATO als „vital“ erachtet werden.

Im **monetär-industriellen Kernbereich** stützen sich die US-Allianzen auf die globalen Finanzzentren, die transnationalen Konzerne, die „rating agencies“, d.h. internationale Wirtschaftsprüfungs- und Beratungs-Konzerne, welche die Kreditwürdigkeit von Staaten und Unternehmungen bewerten, und, wie stets, auf die „Sonderbeziehungen“ zu Großbritannien. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften von internationalem Rang müssen von der *US-Securities and Exchange Commission* (SEC) mit Sitz in New York approbiert sein. Diese Handvoll von Privatinstitutionen, die richterliche Vollmachten ausüben und die alle ihren Sitz in den USA oder in Großbritannien haben, vergeben zwar selbst keine Kredite; aber ihre Bewertungen beeinflussen entscheidend Zustandekommen und Höhe der Zinsen eines konkreten Kreditgeschäftes. Die Wirtschaftsprüfungs-Konzerne sind bei größeren Fusions- und Privatisierungsvorhaben für die Bewertung von Vermögen und Verbindlichkeiten unentbehrlich. Als die Marktwirtschaft in den post-kommunistischen Ländern eingeführt wurde, erhielten die lokalen Niederlassungen dieser Konzerne große Zuschüsse aus den Staatshaushalten der USA und anderen „Geberländern“. Die dabei zu verfolgenden „Werte“ und anzuwendenden Verfahren werden von wichtigen internationalen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO), der OECD sowie in der Folge durch regionale Institutionen wie die EU, die Nordamerikanische Freihandels-Assoziation (NAFTA) formuliert. Dazu kommen noch andere *ad-hoc* Plattformen von transnationalen Konzernen, denen es im wesentlichen um die Ausweitung von freiem Zugang zu bisher geschützten nationalen Märkten und zu materiellen und immateriellen Werten geht, die zu marktfähigen Waren gemacht werden sollen. Die bekanntesten Beispiele sind zur Zeit das menschliche Genom und die private Verfügung über neue wissenschaftliche Erkenntnisse durch deren Patentierung¹¹. Zu den besonders erfolgreichen Lobby-Gruppen zählt der *US Business Round Table*, der schon 1979 eine Politik forderte, die später als „Washington Consensus“ bekannt

Abwertung des Dollars die Finanzierungslast auf die Gläubigerländer wälzen können. Siehe E.-O Czempiel, „Europe’s Mission: Pushing for a Participative World Order. *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1/2003.

¹¹ Siehe dazu den Nobelpreisträger 2002 John Sulston, „Das menschliche Genom – eine Entdeckung, keine Erfindung“. *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), 13.12.2002.

wurde und der die wichtigsten Prinzipien enthält, nach denen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs *globalisiert* wird¹¹²¹. Besonders wichtig für die Ausrichtung der EU-Politik ist der *European Round Table of Industrialists* sowie der *Transatlantic Business Round Table*. In diesen NGOs wird die Politik definiert, die sich später auf den Tagesordnungen z.B. der EU-Kommission und des EU-Rates wiederfindet. Die wenig verfassungskonforme Tätigkeit dieser „rule makers“ ist in keiner Verfassung geregelt; sie wird auch in den Verfassungsentwürfen des Europäischen Konvents nicht erwähnt.

Großbritannien nimmt, wie schon erwähnt, in der US-Strategie der Allianzbildung eine privilegierte Position ein. Dieses EU-Mitglied hat die Tendenz zu verhindern, dass das Gewicht der EU gegenüber den USA zum Tragen kommt¹³. Würde die EU ihr Gewicht in die Waagschale werfen, könnte sie zum Beispiel die Stimmenmehrheit innerhalb des IWF gegenüber den USA erlangen und einen *post-Washington Consensus* durchsetzen, der eine multipolare Welt ermöglichen würde. Großbritannien ist auch die Stimme der USA in der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) der EU. Tony Blairs Politik, „New Labour“ genannt, wird auch von der US-Regierung, den „Finanzmärkten“ und den globalen Medien gestützt und gewährt ihrerseits der US-Dominanz ihre willfährige Unterstützung. „New Labour“ geht damit weit über die historisch bedingten Sonderbeziehungen zwischen den beiden Staaten hinaus.

Den dritten Kernbereich der US-Hegemonie bilden **Ideologie** und **Medien**. Hier ist eine Grenzziehung besonders schwer, denn die Überlappungen mit MiteC und MotiC sind ausgeprägt und selbst Kern der Sache. Dennoch ist es zweckmäßig, diesen Bereich zu einem gesonderten Thema zu machen. Die Netzwerke, im buchstäblichen Sinn, welche die globale Verbreitung der neokonservativen Botschaft betreiben und dabei enorme Erträge erzielen, sind globale Medienkonzerne, Verlage, Radio- und TV-Netze, Forschungsinstitutionen, Universitätsinstitute und Beratungsfirmen. Sie alle erfreuen sich direkter (durch Zuschüsse) oder indirekter (durch Steuerbegünstigungen) Unterstützung der US-Regierung. Ein besonderes Instrument sind die großen Stiftungen, die in wichtigen Angelegenheiten zumeist ähnlich wie Regierungsämter und die CIA agieren.

Die Wechselbeziehung zwischen MITEC, MOTIC und IMEC kommt im folgenden Zitat deutlich zum Ausdruck:

„Die unsichtbare Hand des Marktes wird niemals ohne die unsichtbare Faust funktionieren – McDonald kann nicht gedeihen ohne McDonell Douglas, den Hersteller des F-15 Kampfflugzeuges. Und die unsichtbare Faust, welche die Welt sicher für die Technologien von Silicon Valley macht, heißt US Army, Air Force, Navy und Marine Corps.“¹⁴

Als diese Sätze 1999 veröffentlicht wurden, klangen sie für europäische Ohren noch übertrieben. Zum Jahresbeginn 2003 ist ihr Realitätsgehalt offenkundig.

Das Modell der US-Hegemonie, das diesem Essay zugrundeliegt, repräsentiert die Logik der (neuen) globalen Machtverhältnisse, die in der bipolaren Welt (von gestern)

¹⁴ So Thomas L. Friedman (1999), einflussreicher Publizist und Berater von Jimmy Carter und Madeleine Albright.

dem Modell des Gefangenen–Dilemmas zugekommen ist.¹² Die neue, offenbar realitätsnahe Sichtweise erlaubt es, die Globalisierung im Sinne von Durchsetzung global wirksamer Regeln, den „Dritten Weg“ von „New Labour als Anpassung an den „Washington Consensus“, die Einführung der Marktwirtschaft in den post-kommunistischen Ländern als „Spiel auf einem geneigten Spielfeld“, sowie den 11. September, und was danach gekommen ist, als Ergebnis eines asymmetrischen Machtverhältnisses zu erklären¹⁵.

Das Modell der US-Hegemonie reicht über seine erklärende Funktion hinaus. Denn es ermöglicht es auch Verhaltensstrategien gegenüber dem Hegemon zu entwickeln und zu beurteilen. Befürworter und Gegner des Hegemons können es nützen. Denn es ist in diesem Sinn ein „wertfreies“ Analyse- und Prognoseinstrument.

Zur Vision einer multipolaren Welt

Die Folgen des Endes der bipolaren Logik lassen sich an einem Bild aus der Physik erläutern. Man stelle sich ein Energiefeld zwischen zwei Polen vor; plötzlich verschwindet einer der beiden Pole ersatzlos. Es folgt eine völlige Neukonfiguration von allem, was Materie ist. Ähnlich müssen sich in der Welt menschlichen Geschehens die handelnden Personen in Politik, Wirtschaft und Kultur einer neu entstandenen monopolen Situation anpassen. Für viele bedeutet das eine weitreichende Veränderung, die man „freiwillig“ mitmacht oder zu der man durch die neue „Logik der sozialen Situation“¹⁷ gezwungen wird. Auf sich allein gestellt, gelingt es nur wenigen Akteuren, ihre selbstbestimmten Interessen gegenüber den monopolen Makroverhältnissen durchzusetzen. Dennoch ist eine multipolare und weniger asymmetrische Welt vorstellbar, ein vorzuziehender Zustand der Welt, der auch als Maßstab für Analysezwecke dienen könnte. Die wichtigsten Elemente dieser anderen Welt wären:

- 1 Eine reformierte UNO–Charta als Verfassung einer *globalen Res Publica*. Diese Verfassung sollte folgende alte und neue Grundsätze enthalten:
 - 1.1 Internationale Konflikte sind politisch zu bewältigen;
 - 1.2 Neuverteilung der Sitze im UN-Sicherheitsrat nach Maßgabe einer gerechteren Vertretung der Interessen der verschiedenen Weltregionen;
 - 1.3 Wahrung kultureller und institutioneller Vielfalt als Ergänzung des Katalogs der zu respektierenden universellen Menschenrechte;
 - 1.4 Beachtung der Grundsätze nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und Schutz der Biodiversität.

- 2 Neuordnung des globalen Währungs- und Handelssystems:
 - 2.1 Neubestimmung der Rolle des IMF: Einführung eines symmetrischen Mechanismus der Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten, durch welchen Gläubiger ebenso wie Schuldner für die Beseitigung von Ungleichgewichten verantwortlich sind. (Derzeit ist ein asymmetrischer Ausgleichsmechanismus in Geltung, der die Anpassungsleistung einseitig den Schuldnerländern auferlegt.¹⁸¹⁷

¹⁵ Dazu siehe Egon Matzner, *Monopolare Weltordnung. Zur Sozioökonomie der US Dominanz*, Metropolis, Marburg 2000, insbesondere das Kapitel „Von der Bipolarität zur monopolen Weltordnung“, S.179 – 209.

¹⁷ Egon Matzner, „Die Logik der sozialen Situation“. In Wolfgang Schluchter (Hg.), *Kolloquien des Max Weber-Kollegs I-V*. Erfurt 1998, S.89-108.

¹⁸ James Tobin, „Adjustment responsibilities of surplus and deficit countries.“ James Tobin, *Essays in Economics, Theory and Policy*. Cambridge University Press 1982.

- 2.2 Neubestimmung der Welthandelsordnung, in der kulturelle, institutionelle und biologische Vielfalt beachtet und nicht automatisch der Idee eines „freien Welthandels“ untergeordnet werden.

Das Ziel einer solchen Weltordnung wäre es, Verhältnisse (eine „Logik der globalen Situation“) anzustreben, aus der sich eine vielfältige Welt aus eigeninteressierter Kooperation ergibt und in der alle kooperierenden Akteure durch Anteil an den Kooperationsgewinnen belohnt werden.

Wie geht man mit dem Hegemon um?

Macht, die überlegen ist, neigt bekanntlich dazu, missbraucht zu werden. Deshalb ist es eine klassische politische Aufgabe, Machtausübung einzugrenzen. Machtanwendung sollte nicht selbstlegitimiert sein. Globale Macht sollte deshalb letztlich in Einklang mit internationalen Organisationen, die auf universeller Repräsentation beruhen, ausgeübt werden. Es geht deshalb darum, die UNO zu stärken und eine stärker europäisch definierte Position der EU zu konzipieren und durchzusetzen.

19

Doch wie schränkt man eine monopolare Weltmacht ein? Was kann man tun, solange deren Macht noch nicht erodiert ist? Man könnte die gegenwärtige unumstrittene Überlegenheit der USA mit der Konstellation vergleichen, in der ein „Preisführer“ auf andere, größere oder kleinere Marktteilnehmer trifft. Aus Heinrich von Stackelbergs Analyse monopolistischer Märkte¹⁹ wissen wir, dass der „Preisführer“ den Preis festsetzt, den alle anderen Konkurrenten akzeptieren müssen, wenn sie nicht Verluste erleiden und zur Aufgabe gezwungen werden wollen. Mögliche alternative Strategien bestehen darin, das Produkt zu differenzieren und so den Markt zu wechseln.

Wenn man der Analogie der „Preisführerschaft“ folgt, könnte man die gegenwärtige Weltordnung als „Werte-Führerschaft“ der USA kennzeichnen. Derzeit ist es nicht erfolgversprechend, diese Position zu bekämpfen. Offene Opposition ist nicht wirksam, ja sie mag sich als selbstzerstörerisch erweisen. Deshalb erscheint es als opportun, dem Hegemon im Grundsätzlichen Respekt zu zollen und, wann immer dies möglich ist, durch konkretes Handeln zu desavouieren und damit zur Verringerung des Machtgefälles beizutragen.

Dennoch regt sich vielerorts und seit langem Opposition gegen die US-Dominanz. Sie nimmt heute vor allem nationalistische und religiöse Formen an, die sich zu fundamentalistischem Widerstand steigern. Ein frühes Beispiel war die Beseitigung des US-hörigen Schah-Regimes im Iran 1979 und in den 1990er Jahren der Sieg der Taliban in Afghanistan, die als Kämpfer gegen das prosowjetische Regime von den USA unterstützt worden waren. Die USA wären durchaus fähig fundamentalistische Regime auszulöschen. Da sie diesen Zivilisationsbruch nicht wagen, sind sie nicht imstande, sie zum Verschwinden zu bringen. Es ist ihnen jedoch möglich, hochentwickelte Gesellschaften um Generationen zurückzubomben.

¹⁹ Erstmals Heinrich v. Stackelberg, *Marktform und Gleichgewicht*. Springer. Berlin-Wien 1934.

Die Strategie, die bisher im Kampf gegen **Fundamentalismen verfolgt wird, scheint diese eher zu stärken, zumindest aber am Leben zu erhalten.**

Aus dem Modell der US-Dominanz, das dieser Analyse zugrunde liegt, ergeben sich im Lichte des Stackelbergschen Modells der Preisführerschaft vier Optionen, wie man dem Hegemon entgegentreten könnte. Beide Modelle selbst sind frei von einseitiger Parteinahme. Sie liefern Optionen, die man, der eigenen Werthaltung entsprechend, befürworten oder auch ablehnen kann.

Option (1): **Eindeutige Unterstützung.** Jede unilaterale Entscheidung des Hegemons wird akzeptiert, unabhängig davon, ob sie mit den eigenen Werten und Interessen übereinstimmt. So lässt sich zwar kurzfristig ein Konflikt vermeiden, doch wächst längerfristig das Risiko größerer Probleme.

Option (2): **Entschiedener Widerstand.** Dies würde den Hegemon dazu provozieren, den Widerstand zu bekämpfen. Für die schwächere Seite kann das die hohen Kosten einer Niederlage oder gar Verwüstung bedeuten.

Option (3): **Anscheinende Kooperation und deren verstecktes Unterlaufen,** wann immer dies dem Interesse des Schwächeren entspricht. Man kann sich ein neues NATO-Mitglied vorstellen. Der Hegemon offeriert ein Luftüberwachungssystem, das der neue Partner freudig begrüßt. Wegen Differenzen über den Preis kommt dann der Deal nicht zustande. Es handelt sich um ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit.

Option (4): **Teilweiser Konsens - teilweise Differenz.** Dies ermöglicht es, auf Teilgebieten gemeinsame Werte und Prinzipien zu verfolgen und gleichzeitig auf anderen Gebieten bestehende Differenzen aufrecht zu erhalten. Es ist möglich, Werte und Prinzipien in einem Bereich zu teilen und in einem anderen Differenzen aufrechtzuerhalten. Es ist möglich, die Gültigkeit des Völkerrechtes und die Verbindlichkeit der UNO-Charta anzuerkennen und dennoch auf Differenzen über deren Umsetzung zu bestehen. Es ist vorstellbar, gemeinsam die Vorteile einer auf Wettbewerb beruhenden Unternehmerwirtschaft anzuerkennen und dennoch auf unterschiedlichen Regeln zu bestehen, welche die kulturellen, historischen und politischen Unterschiede Herkünfte widerspiegeln.

Will Hutton begründet auf überzeugende Weise die Entscheidung für Option (4). Zwar sind die USA und Europa ideell durch wichtige Werte verbunden, z.B. Anerkennung der Herrschaft des Rechts(staates), Verpflichtung zu Demokratie, Religionsfreiheit, und die Erfahrung, dass freie Unternehmerwirtschaft eine, wenngleich unzureichende, Voraussetzung für effizientes Wirtschaften bildet. Andererseits bestehen zwischen Europa und den USA gravierende Unterschiede hinsichtlich der Auffassung, welche Angelegenheiten privat bzw. öffentlich zu regeln sind. Das betrifft vor allem auch die Auffassung von Privateigentum, das in Europa noch immer mit sozialer Verantwortung verbunden ist. Ferner betrifft dies die Idee eines Gesellschaftsvertrages, die implizit allen europäischen Völkern und Staaten gemeinsam, aber in der amerikanischen Gesellschaft nicht wirksam ist. Schließlich trennt die beiden Seiten des Atlantiks die Wirklichkeit eines öffentlichen Raumes, der antiker europäischer Wertbestand ist, in den USA jedoch nur rudimentär existiert.²⁰ Schließlich gilt der *Staat* in der amerikanischen Ideologie als *Feind* des Bürgers,

hingegen gilt er in Europa eher als dessen Instrument und Stütze. Deshalb gibt es auch Gesellschaftsmodelle einer europäischen Marktwirtschaft, die sich wesentlich vom US-Kapitalismus unterscheiden. Festzuhalten ist freilich, dass unter dem Schlagwort der Globalisierung agierende Konzerne für eine rasche Einführung des US-Modells in Europa eintreten. Sie finden dabei starke Unterstützung im Rat und der Kommission der Europäischen Union. Deshalb wird eine Initiative zur Ausarbeitung eines europäischen Gesellschaftsmodells immer dringlicher.

Ein weiterer gravierender Unterschied zwischen den USA und der EU, könnte sich bei der unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen beiden als europäisches Handicap erweisen. Er betrifft die unterschiedliche Vorstellung von Souveränität. Die in den USA vorherrschende Idee und Praxis entspricht der klassischen Vorstellung von uneingeschränkter Souveränität²⁰. Die EU kann hingegen nur eine Politik gebündelter Souveränität verfolgen, in der sich ihre Mitgliedstaaten wiederfinden müssen. Keohane beschreibt mit dem Begriff der „pooled sovereignty“ diesen Zustand von Interdependenz. Er führt notwendigerweise dazu, dass die EU, im Gegensatz zu den USA keine raschen und radikalen Entscheidungen treffen kann und deshalb, unabhängig von der Höhe der Militärausgaben, schon aus entscheidungslogischen Gründen stets über geringere militärische Schlagkraft verfügen wird als die USA. Die Logik der Situation, die zur Zeit gegeben ist und die noch einige Zeit bestehen bleiben wird, legt Europa eine defensive Sicherheitsstrategie nahe, die in ein großzügiges Konzept kooperativer Beziehungen mit den Nachbarn und dem Rest der Welt eingebettet sein sollte.²¹

Option (4) entspricht der Vision einer multipolaren Welt, wie sie diesem Essay zugrunde liegt. In dieser Welt zöge man die entsprechenden Konsequenzen aus der Vergeblichkeit der Anhäufung von technisch hoch entwickelten aber moralisch geächteten und rechtlich verbotenen Waffen. Die Antiquiertheit klassischer, nach internationalen Regeln der Kriegsführung ablaufender Kriege zwischen Staaten, wäre allgemein anerkannt. Denn es könnte sein, dass die von den USA geplante militärische Intervention im Irak der letzte konventionelle Krieg sein wird. Zukünftige kriegerische Auseinandersetzungen werden vermutlich in „low intensity conflicts“ bestehen, welche sich vor allem gegen Zivilbevölkerungen richten. Dafür gibt es deutliche Belege und triftige Argumente von Militärhistorikern.²²

Die Stärke von **Option (4)** liegt jedoch in der politischen Sphäre. Da die US-Dominanz auf Überlegenheit in drei Kernbereichen **plus** einem Netz von Allianzen und Sonderbeziehungen beruht, können die USA die Welt nicht **unilateral** beherrschen. Dies hat, wie schon erwähnt, Joseph S. Nye Jr., der Politologe mit dem Insider-Wissen eines ehemaligen Vizechefs des Pentagons, hervorgehoben. Die Macht der USA könnte beträchtlich eingeschränkt werden, wenn geopolitische Schlüsselregionen, vor allem die wichtigsten Alliierten, zu denen die europäischen Staaten gehören, unilaterales Vorgehen seitens der USA nicht mehr automatisch unterstützen. Ebenso starke Gründe legen auch die Beendigung automatischer Zusammenarbeit im monetär-industriellen Kernbereich nahe, wie dies u.a. Helmut

²⁰ Siehe Robert Keohane, „Ironies of Sovereignty: The European Union and the United States“. *Journal of Common Market Studies*, 40 vol., 2002. zuvor im *Internet Symposium* www.fes.de/paxamericana, November 2002.

²¹ Siehe E.-O. Czempels [Plädoyer für Europas Mission, für eine partizipative Weltordnung einzutreten..](#) AaO.

²² Siehe Martin van Crefeld, *Die Zukunft des Krieges*. AkademieVerlag, München 1998).

Schmidt²³ vorschlägt. Es liegt nicht im Interesse der Welt, einschließlich großer Teile der USA und Europas, dass Globalisierung nach den Spielregeln des Washington Consensus abläuft. Schließlich sprechen vitale Gründe für die Selbstbehauptung Europas gegenüber der *vorherrschenden Hegemonie* der USA.

Unter zwei Voraussetzungen könnte **Option (4)** eine sehr starke Vision sein:

- **Erstens**, und vor allem, dass die Europäer es ablehnen, weiterhin Untertanen eines Hegemons zu sein.
- **Zweitens**, und entscheidend, dass die EU jene politische Führungskraft und Konfliktfähigkeit entwickelt, die für erfolgreiche Selbstbehauptung gegenüber den USA unerlässlich ist.

Derzeit ist **Europa** davon noch weit entfernt. Vorsicht gegenüber dem Hegemon gebietet es, sich auf dem Weg zu einer europäischen Position, die sich von jener der USA unterscheidet, ja zu dieser bezüglich global wirksamer Spielregeln in Konflikt steht, nicht zu weit vorzuwagen. Deshalb versuchen EU-Mitgliedsländer eher, sich durch „Nichtkooperation“ bei dem Bemühen um eine eigenständige europäische Position sowie durch „Kooperation“ mit den USA Vorteile zu verschaffen. Die Schwierigkeiten, eine Allianz zu bilden, die europäische Interessen vertritt, werden nach der EU-Erweiterung noch zunehmen. Das teilweise erfolgreiche Werben der USA um Alliierte für den Krieg gegen den Irak liefert hierfür aktuelle Belege. Das Risiko europäischer Erdölkonzerne, nach der Etablierung eines US-freundlichen Regimes bei der Neuaufteilung der Förder- und sonstiger Rechte im Irak zu kurz zu kommen, ist objektiv sehr hoch. Es wird durch die Tatsache einer noch nicht existierenden EU-Außenpolitik nicht geringer. Die Aussicht, dass die EU die Kraft aufbringt, sich aus ihrer eher untergeordneten Position zu emanzipieren muss heute noch als gering erscheinen.

Die Zukunft der **US- Hegemonie** wird deshalb noch einige Zeit stärker durch das Tun und Unterlassen der USA und nicht durch das Gewicht der EU geschwächt werden. Durch Fortsetzung ihrer unilateralen Politik nehmen sie es in Kauf, sich der übrigen Welt noch weiter zu entfremden. Alles Nichtamerikanische steht für sie ohnehin in Verdacht, inferior zu sein. Die Folge dieses Verhaltens wird „overstretch“, also die Überdehnung der amerikanischen Fähigkeiten und Möglichkeiten, sein. Wird die kommende Entwicklung Paul Kennedy letztendlich doch noch Recht geben?

Zur Zeit sind sich weder die USA noch der Rest der Welt klar darüber, dass die USA, wenn sie langfristig erfolgreich sein wollen, zur Kooperation verurteilt sind. Andernfalls werden sie Schiffbruch erleiden.

²³ [Hemut Schmidt, *Die Selbstbehauptung Europas*. DTV, München 1999.](#)